

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

vom 21. Oktober 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Oktober 2022)

zum Thema:

Zerstörtes russisches Kampffahrzeug als Meinungsäußerung

und **Antwort** vom 10. Nov. 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Nov. 2022)

Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/13678
vom 21. Oktober 2022
über Zerstörtes russisches Kampffahrzeug als Meinungsäußerung

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Das Berliner Verwaltungsgericht entschied am 11. Oktober 2022 zugunsten des Vereins Historiale e. V. und gegen das Bezirksamt Mitte. Demnach muss das Bezirksamt dem Verein und dessen Projekt eine straßenverkehrsrechtliche Ausnahmegenehmigung erteilen.

Der Gegenstand des Projekts soll ein zerschossenes Kampffahrzeug werden¹, das für zwei Wochen in Sichtweite der russischen Botschaft – in dem für den Verkehr gesperrten Teil der Schadowstraße – aufgestellt werden darf. Das Fahrzeug, anvisiert ist ein russischer Panzer des Typs T-72, wird den Status eines Mahnmales haben, seine Aufstellung gilt als Meinungskundgabe², als ein „Protest gegen den Angriff der Ukraine durch russische Streitkräfte“³. Der Zeitpunkt der Aufstellung steht noch nicht fest, zumal das Bezirksamt Mitte gegen den Beschluss Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg einlegen kann. Die zwei Kläger, Enno Lenze – Geschäftsführer der Berlin Story Bunker GmbH – und Wieland Giebel („In der russischen Botschaft sitzen die Täter ... Ich will dieses verbrecherische Regime angreifen“⁴), betreiben das Berlin Story Museum und engagieren sich im Historiale e. V. Dr. Patrick Heinemann von der Kanzlei Bender Harrer Krevet vertritt den klagenden Verein vor Gericht.

¹ „Aber es gibt noch keinen Panzer. Bevor ein solches Kriegsgerät nach Deutschland eingeführt werden darf, muss es erst einmal "demilitarisiert" werden. Derzeit verhandelt Giebel mit dem ukrainischen Kulturministerium, damit die Beamten einen der zahlreichen schrottreifen russischen Panzer im Besitz der Ukraine zum "Museumsstück" umwidmen“ (Berlin: 40 Tonnen Protest, Süddeutsche Zeitung, 17.10.2022, <https://www.sueddeutsche.de/panorama/berlin-panzer-russische-botschaft-1.5675720>).

² Berliner Verwaltungsgericht: Panzerwrack darf vor russischer Botschaft aufgestellt werden, rbb24, 11.10.2022, <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2022/10/berlin-mitte-bezirk-panzer-ukraine-russische-botschaft.html>

³ VG Berlin erlaubt Protestaktion: Zerschossener Panzer darf in Nähe der russischen Botschaft ausgestellt werden, Legal Tribune Online, 11.10.2022, <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/vg-berlin-vg1130422-panzer-wrack-russische-botschaft-berlin-erlaubt/>

⁴ 40 Tonnen Protest, Süddeutsche Zeitung.

1. Hat der Verein Historiale e. V. in der Vergangenheit Mittel aus dem Berliner Landeshaushalt zugewiesen bekommen? Wenn ja, wann und jeweils in welcher Höhe?

Zu 1.:

Der Verein Historiale e.V. hat keine Mittel aus dem Berliner Landeshaushalt durch die Bezirke oder die Senatsverwaltungen erhalten.

2. Fällt für den Verein bei der Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis durch die Bezirksverwaltung eine Gebühr an?

Zu 2.:

Bei Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis im Sinne des Berliner Straßengesetz ist die Nutzung öffentlichen Straßenlandes gebührenpflichtig.

3. *„Die Berliner Behörden dürfen eben nicht frei darüber entscheiden, welche Formen des Protests gegen den russischen Angriffskrieg im öffentlichen Raum erlaubt sind“ (Dr. Patrick Heinemann).⁵*

Welche Grenzen setzt der Senat der freien Meinungsäußerung gegenüber den im Land Berlin ansässigen Botschaften?

Zu 3.:

Die Grenzen der freien Meinungsäußerung ergeben sich aus Artikel 5 Absatz 2 des Grundgesetzes und Artikel 14 Absatz 1 der Verfassung von Berlin. Danach findet die grundrechtlich verbürgte Meinungsfreiheit ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze (wie beispielsweise des Strafgesetzbuchs), den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

4. Welche Botschaften innerhalb des Landes Berlin sind in den Jahren seit 2016 das Ziel von öffentlichen Unmutsbekundungen geworden, die sich so entwickelten, dass die Polizei Berlin eingreifen musste?

Zu 4.:

Daten im Sinne der Fragestellung sind im automatisierten Verfahren nicht recherchierbar.

Berlin, den 10. November 2022

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport

⁵ Zerschossener Panzer darf in Nähe der russischen Botschaft ausgestellt werden, Legal Tribune Online.